

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

[urn:nbn:de:gbv:45:1-63108](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-63108)

# Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in  $\frac{1}{4}$  Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postworts, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VI. Jahrgang. Dienstag, den 18. December 1849. № 101.

## Demokratische Forderungen in Bezug auf das Militair.

### II.

Die demokratische Parthei dringt bekanntlich unausgesetzt auf Abschaffung der Todesstrafe. Die in Frankfurt und Berlin von den aufgelösten Ständeversammlungen mit großer Mehrheit gefaßten Beschlüsse: die Todesstrafe nur für den Krieg beizubehalten, sind meistens nicht zur Ausführung gekommen. Auch haben wir noch ganz kürzlich in Baden und Ungarn Todesurtheile und zwar meistens durch Soldaten vollstrecken sehen, nachdem längst kein Feind mehr im Felde stand, weil das bestehende Kriegsrecht dies zuließ. — Diesem gegenüber erscheint gewiß die Aufforderung der Demokraten gerechtfertigt: kein Staatsbürger solle künftig (auch nicht als Soldat) zu Nachridterdiensten befehligt werden dürfen. Könnte ihm dies bis jetzt durch irgend ein Kriegsgefeß auferlegt werden, so ist dies Gefez auf verfassungsmäßigem Wege aufzuheben — folgerte man die Verpflichtung dazu aus der Militair-Dienstpflicht überhaupt, so ist dieser Folgerung durch die Aufnahme eines bezüglichen Paragraphen in die Grundrechte oder die Verfassung entgegen zu treten. — Niemand dürfe ferner gezwungen werden, wehrlose, wenn auch verurtheilte Mitmenschen zu tödten. — Wer aus eigener Mordlust oder für schnödes Geld das Genferamt freiwillig übernimmt, möge es vor seinem Gewissen verantworten. Leider hat es noch niemals an Genkern gefehlt.

Mehr in das tägliche Leben eingreifend ist die Forderung, daß die auf unbestimmte Zeit beurlaubten Soldaten so wenig als möglich in der Betreibung ihres bürgerlichen Gewerbes zu behindern seien. Namentlich ist den Handwerksgefelln und Schiffern der Urlaub in die Fremde und zur See auch dann nicht zu versagen,

wenn die Möglichkeit vorliegt, daß sie bei etwa eintretendem Kriege nicht gleich bei der Fahne eintreffen könnten. Der Nachtheil eines theilweisen Ausbleibens der Beurlaubten (welches natürlich nicht absichtlich sein darf) ist nicht so groß als die Nachtheile des müßigen Daheimbleibens. Die Wehrpflicht ohne Stellvertretung trifft den Schiffer doppelt hart, wenn er sich während seiner 6-jährigen Dienstzeit bei jeder Aussicht auf Krieg, in der Ausübung seines Gewerbes verhindert, dem Mangel Preis gegeben sieht. — Zudem wird, bei der großen Härte der jetzigen Strafe, mancher Schiffer, der von der Noth gedrängt sich verleiten ließ, heimlich zur See zu gehen, fast gezwungen, sein Vaterland für immer zu meiden. —

Eine weitere Forderung geht dahin: die im Dienst befindliche Mannschaft in ihrer außerdienstlichen Freiheit möglichst wenig zu beschränken. Ein Eingriff in die Ausübung der politischen Rechte (Wahlrecht u.) hat bei uns freilich noch nicht Statt gefunden. Ich erinnere nur an die lästige Vorschrift (hervorgegangen aus dem Brauch voriger Jahrhunderte, die Festungen Abends zu schließen, um das Desertiren der geworbenen Mannschaft zu verhindern), daß jeder Unterofficier oder Soldat Abends 8 Uhr im Quartier sein müsse, während die bürgerliche Sitte erst um 10 Uhr Feierabend macht. Gewiß die Hälfte aller Disciplinarstrafen wird wegen Uebertretung dieses Gebotes verhängt, welches von den Leuten nie aus eigener Ueberzeugung, stets nur aus Furcht vor Strafe respectirt wird. — Sollte man der 21-jährigen Jugend oder gar den älteren Unterofficieren nicht das Vertrauen schenken dürfen, daß sie Abends von 8 bis 10 Uhr sich eben so anständig betragen würden, als während der übrigen Zeit des Tages? Ich weiß, daß militairische Vorgesetzte während längerer Zeit ihrer Mannschaft fast ohne Ausnahme s. g. permanente Erlaubnißkarten bis 10 Uhr gegeben haben, ohne daß



daraus die geringsten Anzuträglichkeiten entstanden sind. Die Beschränkung auf 10 Uhr findet in der bürgerlichen Sitte so wie in der Rücksicht für die Nachtruhe der Kameraden oder Hauswirthe ihren natürlichen Grund.

Ich bin überzeugt, es geht hier wie bei der Anrede des Soldaten mit „Sie“. — Zuerst sollten die Grundpfeiler der Disciplin dadurch erschüttert werden, dann sollte die Mannschaft durchaus keinen Werth darauf legen u. c., jetzt, nachdem das Sie eingeführt ist, wird mancher Gegner einräumen, daß der ganze Stand dadurch gehoben ist, ohne daß je der geringste Nachtheil daraus entstand.

Die hier und da vorkommenden Ausbrüche soldatischer Rohheit\*) finden meistens ihren Grund in ungenügender Beschäftigung, verbunden mit eingesperrter Selbstüberhebung. Angestrenzte Thätigkeit bei abgekürzter Dienstzeit und gründliche Belehrung über die bürgerliche Stellung des Soldaten sind bessere Gegenmittel als mißtrauische Ueberwachung oder gänzlichliches Absperrn.

#### Wahl statt Prüfung.

Vor einiger Zeit schien man sich in einem hiesigen Blatte darüber zu wundern, daß der Entwurf einer Gemeinde- und Kreisordnung die aus unbeschränkter Wahl hervorgehenden Bürgermeister keiner Prüfung unterworfen hat. Hierin könnte man sich aber doch leicht irren, denn der Entwurf verlangt doch ausdrücklich, nach vorhergegangenem gutachtlichen Bericht des Kreisvorstandes, die Bestätigung des Großherzogs. Soll aber der Kreisvorstand hierüber sein Gutachten abgeben, so muß er entweder die Fähigkeiten des gewählten Bürgermeisters kennen oder mit demselben erst eine Prüfung vornehmen, und wenn sich dann ergibt, daß er die erforderlichen Fähigkeiten nicht besitzt, so wird folglich auch die Bestätigung nicht erfolgen, und ist sodann eine neue Wahl erforderlich. Die juristischen Kenntnisse, welche bisher von einem Beamten gefordert wurden, werden freilich von einem Bürgermeister nicht verlangt werden. Aber sind denn die juristischen Kenntnisse und alles was von den jetzigen Beamten gefordert wird, allein genügend, den Dienst nach eigener gewissenhafter Ueberzeugung wirklich vollständig gut verwalten zu können? Muß er nicht fast bei jeder Angelegenheit, wo sich eine Sache durch den Augenschein ermitteln läßt, an Ort und Stelle Besichtigungen vornehmen und hiernach entweder darüber urtheilen oder gutachtlich berichten, ohne daß von ihm die dazu erforderlichen praktischen

Kenntnisse verlangt werden? Es werden freilich in solchen Fällen sachkundige Leute zugezogen, welche dabei ihr Gutachten abgeben und wornach alsdann die Sache lediglich beurtheilt werden muß. Diese Leute würden aber auch ganz allein, ohne den Beamten, wenn ihnen das Recht zustände, ganz dasselbe Urtheil fällen, und es würden darin nicht die vielen fremden und dem schlichten Manne unverständlichen Ausdrücke vorkommen, die er sich doch immer erst muß auslegen lassen, wenn er sie verstehen will. Und was noch das Beste wäre, es würde den Betheiligten die Besichtigung und das Urtheil nicht so theuer zu stehen kommen. Da überhaupt solche Fälle sehr häufig vorkommen, so wäre es gewiß recht wünschenswerth, wenn die Beamten in dieser Hinsicht gleichfalls einer Prüfung unterworfen wären. Die künftigen Bürgermeister werden aber hoffentlich nicht eher gewählt werden, als bis sich die Wähler überzeugt haben, daß sie auch die erforderlichen Kenntnisse besitzen. Uebrigens leben wir in der Hoffnung, daß es künftig zur Auslegung der Gesetze nicht mehr so sehr vieler juristischen Kenntnisse bedarf und daß es für einen demnächstigen Bürgermeister genügend sein wird, wenn er Protokolle, Berichte u. c. aufnehmen kann, die allgemein verständlich sind, dazu ein thätiger, rechtlicher und gewissenhafter Mann ist, der aber auch zugleich praktische und Lokalkenntnisse besitzt und etwas zu beurtheilen wissen muß. — Ein Spottvogel, der sich neulich über einen solchen Bürgermeister lustig machte und ausrief: „Heil Dir, o Oldenburg!“ mag vielleicht noch einer von den Vielen sein, die praktische Kenntnisse haben könnten.

(Ein Landmann.)

#### Dritte öffentliche Sitzung des Kirchenraths zu Abbehausen

vom 5. Decbr.

Nach Eröffnung der Sitzung (1/2 3 Uhr) forderte zunächst der Vorsitzende die Mitglieder auf, künftighin sich rechtzeitig einzufinden. Sodann ward ein eingegangenes Schreiben des J. Wilms verlesen, worin dieser mit Hinweisung darauf, daß er kränklich und Vater von 5 Kindern sei, die kürzlich auf ihn gefallene Wahl zum Ausschußmitglied ablehnte. — Der Kirchenrath war einstimmig der Ansicht, es seien keine Gründe für eine solche Ablehnung vorhanden, und ward beschlossen, dies dem Wilms mitzutheilen. Der Älteste T a n z e n machte hier wiederum die curiose Bemerkung, nach der Kirchenverfassung habe der Ausschuß überall keine Befreiungsgründe! — Hierauf verlas der Vorsitzende einen eingegangenen Protest mehrerer Mitglieder der engeren Gemeindeversammlung, worin diese gegen

\*) Paderborn, Hildesheim, Frankfurt u. c.



die kürzlich vorgenommene Wahl eines Ausschusses protestirten und auf eine neue Wahl desselben antrugen. Der Protest war dadurch begründet, daß die jüngst geschehene Wahl durchaus verfassungswidrig geschehen, da sie nicht nach Art. 27. der Verf. und §. 1. und 3. der Wahlordnung B. an einem Sonntage, sondern gelegentlich am Schlusse einer Gemeindeversammlung vorgenommen, und die Stimmzettel auch erst unmittelbar vor der Wahl ausgegeben seien. Nach Verlesung dieses Protestes erhob sich unter den Aeltesten ein solches Durcheinandersprechen, es wurden solch' wunderliche Bemerkungen laut, daß mit dem besten Willen solche nicht dem Publikum verständlich mitgetheilt werden können. Nur ein paar solcher Bemerkungen mögen zur Probe dienen. Peter: Mehrere der Unterzeichneten seien bei der Wahl gar nicht zugegen gewesen!! Tansen: die Unterschrift des alten N. N. sei nicht von ihm selbst u. s. w. Endlich unterbrach der Vorsitzende diese Unterhaltung, als nicht zur Sache gehörend. Nachdem noch dies und jenes gesprochen, — von Tansen die gescheute Bemerkung gemacht: wenn die Stimmzettel nicht schon mehrere Tage vor der Wahl zu haben gewesen, so sei das Sache der Gemeindeversammlung, und er (!) sähe auch gar nicht ein, was die frühere Abgabe von Stimmzetteln nützen solle — ward beschlossen: auf die Protestation wegen Unerheblichkeit derselben nicht einzugehen.

Jetzt wendete sich eine Frau persönlich an den Kirchenrath mit der Bitte, seine Einwilligung zu ertheilen, daß ihre Tochter, die zwar noch nicht das völlige Alter habe, Diener mit confirmirt werde. Obgleich der Vorsitzende (Pastor) erklärte, die Fähigkeiten jenes Mädchens seien noch sehr gering, beschloß der Kirchenrath mit 4 gegen 3 Stimmen, das Mädchen solle confirmirt werden! Einer von den 4 brachte die schönen Motive für seine Abstimmung vor, da das Mädchen bisher noch so wenig gelernt, so sei auch nicht anzunehmen, daß sie in einem Jahre noch bedeutend profitieren werde!! Die Aeltesten saßen auch diesmal noch zerstreut in den Ecken des Zimmers umher und die Wirthin wartete wiederum mit Kaffee, doch mehr schweigend, auf. Sollte der Kirchenrath nicht mit uns der Meinung sein, daß dies höchst ungeschicklich für eine öffentliche Sitzung ist?

#### Dankagung.

Die Herren Kammermusikus Grosse und Kapellmusikus Utermöhlen aus Oldenburg unterstützten unser neuliches erstes Winterconcert; Herr Grosse erneuerte unsre schon feste Bekanntschaft mit seinem trefflichen Violoncellspiel in etlichen sehr ansprechenden Solovorträgen; Herr Utermöhlen wirkte diesmal nur in einem Quartett von Robert Schumann als tüchtiger Bratschist mit. Die Bereitwilligkeit, womit sie ohne alles Honorar die jetzt beschwerliche Reise gemacht und überdies noch Wiederholungen zugesagt haben, verdient um so mehr anerkannt und einmal öffentlich gerühmt zu werden, als ohne fremde Theilnahme auch ferner in diesem Winter nichts aus unseren musikalischen Unterhaltungen mit Streichinstrumenten den Umständen nach

werden zu können scheint. — Das obgedachte Quartett, Opus 48. in Es, das erste hier aufgeführte Schumannsche Instrumentalwerk, hat übrigens auf unser Publikum noch keinen Eindruck gemacht, obgleich es, wie die Vortragenden wissen, mit Sorgfalt einstudirt und gegeben ward. Freilich ist es fast aller Orten mehr oder weniger der gleiche Fall und kann man sich auch darüber nicht wundern, da die tiefgreifenden Intentionen dieses Componisten, der Reichthum und der kühne Gebrauch der zum Ausdruck seiner Ideen verwendeten, besonders der harmonischen, Kunstmittel, schon für den Musikgelehrten ein Studium in Anspruch nehmen, mithin bei flüchtigem Anhören und ohne Vertrautheit mit dem, dem Schumannschen Style gerade so eignen, Vorausnehmen und Uebereinanderbauen der Accorde und mit seiner maßlos freien Behandlung der Durchgänge und Orgelpunkte, nicht zu fassen, viel weniger zu verstehen und zu würdigen sind, ja sogar hin und wieder als Fehlgriffe der Spieler empfunden werden können.

Sever 1849, Decbr. 11.

Tansen.

#### Zu dem Aufsatz in Nr. 97. d. Bl.:

„Antwort für Herrn „Kein Preusse“ unterzeichnet: „Kein Oesterreicher“.

Mit Beziehung auf das vorbezeichnete Nachwerk erkläre ich hierdurch:

da ich weder bei der Wahlhandlung selbst noch bei den Versammlungen der Wähler in der angegebenen Weise thätig, sondern vielmehr gar nicht gegenwärtig gewesen bin.

den Verfasser desselben für einen Lügner! — und überlasse hiernach dem Publikum zu beurtheilen, was von den übrigen darin angeführten „Thatsachen“ zu halten sei.

Lönningen 1849, Decbr. 12.

G. Woldemann.

#### Das mechanische Museum des Herrn Tieg,

im v. Garten'schen Saale in der Langenstraße aufgestellt, bietet sowohl für Erwachsene als auch für die Jugend sehr interessante und kunstreiche Gegenstände zur Beschauung dar. — Automaten haben für Manche vielleicht etwas Unangenehmes und Widerwärtiges; hier ist jedoch von dergleichen nichts zu bemerken — die Figuren treten Einem vielmehr durch ihre getreue menschliche Nachbildung, durch den frappanten Ausdruck der Gemüthsbewegung in den Gesichtszügen und vermittelst eines mit ihnen in Verbindung stehenden Mechanismus, der ihnen Leben und Bewegung verleiht, so täuschend entgegen, daß man erst bei näherem Beschauen inne wird, nur leblose Figuren vor sich zu sehen, und dabei nicht weiß, wen man am meisten bewundern soll, die Figur oder den Künstler, der sie geschaffen hat. Unter den vorhandenen Gegenständen heben wir als ganz vorzüglich hervor: „Die Spielgruppe der fünf Herren“ — „Die ungetreue Slavine“ — „Friedrich der Große“ — „Der Taschenspieler“ — „Tod des Marshall Lannes“ — Die Künstlichkeit der Figuren geht so weit, daß



Herr Tiez mit einer derselben sogar ein Tänzerchen macht. Das non plus ultra aber sind zwei Gegenstände: „Der triumphirende Einzug des Großmoguls auf seinem Elephanten“, ein höchst mühevoll ausgeführtes prachtvolles und in jeder Beziehung bewundernswürdiges Kunstwerk, dessen verschiedene Theile ebenfalls durch einen innern Mechanismus zu gleicher Zeit in Bewegung gesetzt werden; — und die „mechanische Ente“, welche in der That das Leben in allen Bewegungen und Verrichtungen bis zur täuschendsten Natürlichkeit nachahmt. — Wir machen das Publikum auf dieses künstlich-mechanische Museum um so mehr aufmerksam, als der Eintrittspreis von 12 gr. der Sache nach nur ein sehr geringer ist; Kinder zahlen nur die Hälfte. Das Cabinet ist von 4 bis 8 Uhr Abends geöffnet.

#### Die 40 französischen Bergfänger,

welche hier am Montag, den 17. d. M., im Casino ein großes Pastoral- und National-Concert geben, werden auch Barel, Feder und andere Orte unseres Landes besuchen. Diese machen wir besonders aufmerksam auf einen so vorzüglichen seltenen musikalischen Genuß, wie ihn diese Bergfänger bieten. Wir hatten schon vor mehreren Jahren Gelegenheit, im Theater ihre höchst eigenthümlichen Vorträge zu hören und die beispiellose Reinheit und Präcision derselben zu bewundern.  
Der Beobachter.

#### Zeitbetrachtungen.

Wenn aus der Residenzstadt, wo der Sitz der höchsten politischen Intelligenz vermuthet werden muß, im Augenblick eines Ministerwechsels eine Adresse an den Großherzog erlassen wird, da mag im Lande wohl Mancher neugierig fragen: Nun, was ist der Sinn dieser Adresse? Ja, da wird freilich Mancher sie gelesen haben und wieder aus der Hand legen, ohne darüber ins Reine gekommen zu sein. Und ein Spötter sagte gar: Es war nichts als ein Ergebnheitsbedürfnis! Mein Nachbar dagegen meinte: die Undeutlichkeit rühre wohl daher, daß die Hauptsache, welche die Herren eigentlich im Sinne gehabt hätten, nämlich der Anschluß an das Preußenbündniß, ganz im Sinne behalten und mit keiner Sylbe in der Adresse geradezu herausgesagt worden sei. Ich weiß nicht. Gätte mein Nachbar aber Recht, so wäre dieses Zurückhalten des Hauptgedankens dann vielleicht auch die Ursache des Mißverständnisses, daß der „bisher von der

Staatsregierung eingeschlagene Weg“ nur auf die von dem Ministerium bewiesene Uebereinstimmung mit dem Staatsgrundgesetze bezogen wird. Denn damit war die Majorität des Landtags doch gewiß gern zufrieden, nur daß sie den Anschluß des Landes an das Berliner Bündniß, zumal ohne Hannover, nicht für eine Geringsfügigkeit ansehen wollte, welche man einem sonst gern gesehnen Ministerium allenfalls zu Gefallen thun könne. Das aber scheint wieder beinahe die Ansicht der Adresse zu sein, wenn sie nicht begreift, wie es möglich gewesen, daß ein solches Ministerium von der Landesvertretung die Nöthigung empfangen habe, von seinem Posten zurück zu treten. Denn daß diese Nöthigung in der Meinungsverschiedenheit über die deutsche Frage lag, und daß die Minister diese Frage zur Cabinetsfrage gemacht hatten — daran brauchte ja nur gedacht zu werden, um aller Verwunderung ein Ende zu machen. Aber freilich dann konnte auf „einstimmige Vertrauensbezeugungen“ des Landtags nicht hingewiesen werden, denn in der deutschen Frage hat das Ministerium solche so wenig erhalten, daß sich mit mehr Recht sagen ließe, sein Verfahren in dieser Angelegenheit, die es selbst zur Lebensfrage machte, ist von keinem einzigen Mitgliede des Landtags gebilligt worden. Denn wenn man die namentliche Abstimmung vom 22. Novbr. mit der vom 3. Decbr. vergleicht, so zeigt sich, daß alle diejenigen, welche am 3. Decbr. für den Antrag der Staatsregierung (mit oder ohne Bedauern über den von ihr betretenen Weg) stimmten, sich am 22. mit der Dringlichkeit nicht einverstanden erklärt hatten, sondern es für das Wohl des Landes gerathener hielten, die Entscheidung noch etwas aufzuschieben und die Ereignisse abzuwarten; und am Ende erklärten sich gar Alle mit Ausnahme von Zweien, gegen die Ansicht der Minister über die Gültigkeit der Ratifikation ohne ständische Bestätigung! — „Mit der Abstimmung der Gemüther, welche sich in Rücksicht auf den Anschluß an das Berliner Bündniß (wenn der gemeint ist) sichtlich im Lande vollziehen soll, wird es hiernach wohl nicht viel auf sich haben“ — meinte mein Nachbar. Ganz böse aber wurde der gute Mann über die Aeußerung: der Landtagsbeschluß sei nicht die wahre Stimme und Ansicht des Landes und rief eifrig aus: „Wenn ich doch nicht so viel Vertrauen bei meinen Mitbürgern habe, daß sie mich zu ihrem Vertreter wählen, wie sollte da mein Fürst mit ein Urtheil beimessen über die Stimme des Landes!“ — Das sind so die Ansichten meines Nachbarn.

 Auswärtige Bestellungen auf den nächsten Jahrgang oder das erste Quartal des „Beobachters“ bitten wir recht zeitig, möglichst bis zum 25. d. M., an Großh. Haupt-Postamt-Zeitungs-Expedition zu Oldenburg gelangen zu lassen, indem nur in diesem Falle für die vollständige Lieferung der Exemplare eingestanden werden kann.

Alle Postexpeditionen des Landes sind verpflichtet, Bestellungen auf den „Beobachter“ anzunehmen, sie können die Gelder unfrankirt an die oben genannte Expedition einsenden.

Der Pränumerationspreis des Blattes für Auswärtige ist — einschließlich des Oldenburgischen Postporto's — jährlich 2 Rthlr. — vierteljährlich 36 gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg vierteljährlich 34 gr. frei ins Haus.  
Die Redaction.

Redacteur: Wilhelm Galberla. — Schnellpressendruck und Verlag von Gerhard Stalling in Oldenburg.



# Der Beobachter.

## Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in  $\frac{1}{4}$  Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VI. Jahrgang.

Freitag, den 21. December 1849.

N<sup>o</sup> 102.

### Wie die Amerikaner über uns Deutsche denken.

Die Vereinigten Staaten haben im vergangenen Jahre einen Augenblick lang gehofft, daß die revolutionaire Bewegung auf dem europäischen Continent Staatsformen, den ihrigen verwandt, ins Leben rufen werde und daß sie dadurch in nähere und innigere Verbindungen zu denselben treten könnten. Namentlich waren diese Hoffnungen in Bezug auf Deutschland rege und die alsbaldige Bereitwilligkeit, die provisorische Centralgewalt in Frankfurt anzuerkennen und die Union bei ihr durch einen eigenen Gesandten vertreten zu lassen, war nur der Ausdruck dieser Hoffnungen und Wünsche. Unermeßliche Vortheile würden für Deutschland daraus entspringen sein, hätte nicht der Kleinmuth seiner constituirenden Nationalversammlung, die in ihrer Majorität zum Werkzeuge der Fürstenränke sich erniedrigte, die bundesstaatliche Gestalt Deutschlands auf der Grundlage der freiesten Staatsformen scheitern lassen. Die Hoffnung, in einem solchen Deutschland auf dem europäischen Festlande seine natürlichsten Verbündeten zu finden, ist für die nordamerikanische Union dahin; die Enttäuschung ist vollständig. Mit der Republik Frankreich ist ein Gleiches der Fall, und dort hat die Entfremdung der beiden Nationen schon jenen bitteren Beisatz angenommen, der bei der ersten besten Gelegenheit zu einem förmlichen Bruch führen kann. Nach dieser Wendung der Dinge ist es ganz natürlich, daß sich Nordamerika wieder enger als je an seinen alten Rivalen, an Großbritannien, anschließt, in welchem es in diesem Augenblicke noch den einzigen Vertreter und Verteidiger der Gesittung und Bildung in Europa gegen den dort überall umschweifenden und allgemeine Knechtschaft, Barbarei und Verarmung in seinem Gefolge führenden Militairdespotismus erblickt. Man lasse sich über diese Thatfache nicht

durch Erscheinungen, wie der Streit in Nicaragua oder die in Canada immer stärker hervortretenden Wünsche des Anschlusses an die amerikanischen Freistaaten irre führen und baue nicht darauf den Schluß, daß dies zu ernstern Zerwürfnissen zwischen den beiden mächtigsten See- und Handelsstaaten führen könne. Wie innig die Annäherung zwischen beiden ist, geht daraus hervor, daß Nordamerika so eben die Zulassung britischer Fahrzeuge in Häfen der Vereinigten Staaten vom 1. Januar k. J. ganz zu den gleichen Bedingungen in Betreff der Schifffahrtsabgaben und übrigen Gebühren, wie der eigenen nationalen Schiffe ausgesprochen hat. Man würde sich sehr irren, wollte man in dieser Concession einzig und allein die Erwiderung auf die Abschaffung der britischen Navigationsgesetze sehen. Dieser Schritt steht vielmehr in genauem Zusammenhange mit der Enttäuschung, die die amerikanische Nation hinsichtlich des Ausgangs der deutschen Erhebung vom März v. J. und der Entwicklung der Republik in Frankreich erfahren. Hätte die souveraine deutsche Nationalversammlung sich der in ihre Hände gelegten Macht zu bedienen gewußt, um ein wahrhaft freies und einiges Deutschland zu schaffen, so hätten ihm, auch wenn es nicht gleich im Anfang mit einer in solchen Händen zur Farce gewordenen Herstellung einer deutschen Flotte debütiert hätte, alsbald die Vereinigten Staaten Nordamerika's als mächtige Verbündete zur Seite gestanden und namentlich würde man sich von dieser Seite bereit gefunden haben, dem Schwesterbundsstaate in Europa die umfassendsten Handelsvortheile einzuräumen, während das zerstückelte, entwürdigte, von seinen Fürsten mißhandelte und in Staub getretene Deutschland jetzt das leere Nachsehen hat und zusehen muß, wie Großbritannien, das ihm auf dem amerikanischen Markt schon jetzt überall den Vorrang abgelassen, durch jene Maßregel in Besitz von Handelsvortheilen ge-